

KOMMENTAR

Zukunft des Euro

Die Eurokrise war das beherrschende Thema dieses Jahres und sie wird auch 2012 anhalten. Rezessionsgefahren und Staatsschuldenkrise trüben wechselseitig die Aussichten auf schnelle Lösungen. Dabei steht die Zukunft des Euro auf dem Spiel. Die Schuldenkrise in Griechenland zeigt, wie komplex die politischen und ökonomischen Zusammenhänge und wie schwierig Lösungen geworden sind: Die Eurozone als nicht-optimaler Währungsraum steht vor dem Problem, dass die Finanzmärkte auf eine Reduktion der Währungsunion auf einen ökonomisch stabilen Kern spekulieren. Die Politik wehrt sich gegen den drohenden Zusammenbruch des Euroraums; sie steht dabei vor dem Problem eines zweiseitigen moral hazard: Im Vertrauen auf einen Bailout haben sich Mitgliedstaaten übermäßig verschuldet und Banken die Staatsschulden bereitwillig zu niedrigen Zinsen finanziert. Beide wussten um das systemische Risiko, das ein Scheitern des Euro bedeutete. Die No-Bailout-Klausel war daher von Anfang an unglaubwürdig, der risikolose Deal zulasten der europäischen Steuerzahler die Folge. Dieser fatale Konstruktionsfehler des Euro lässt sich wohl nur durch eine institutionelle Weiterentwicklung der Eurozone zu einer fiskalpolitischen Union reparieren. In den nächsten Monaten wird die Politik demzufolge weiter um eine glaubwürdige Lösung der Eurokrise ringen müssen. HV

IN DIESER AUSGABE

Internationalität und
Stadtentwicklung Seite 1/2

Konsequenzen extremer Fluten Seite 3

Gedämpfte Rohstoffpreise Seite 4

ZUWANDERUNG

Internationalität und Stadtentwicklung

„Welcome in Hamburg!“ – heißt es bei der Ankunft auf dem Hamburg Airport. Willkommen sind alle Menschen, die die Stadt privat oder beruflich besuchen, aber auch jene, die in Hamburg bleiben wollen oder hier bereits leben. Die Internationalität von Städten und die Kultur der Offenheit einer Gesellschaft standen im Mittelpunkt der Hamburg Welcome Days 2011. Von Elzbieta Linke, Birte Steller und Silvia Stiller

Mit 1,8 Millionen Einwohnern stellt Hamburg die zweitgrößte Stadt Deutschlands dar. Und seine Bevölkerung wächst weiter: Von 2003 bis Ende 2010 legte sie um 4,1 % zu. Der Anteil der ausländischen Bevölkerung Hamburgs von 13,5 % erweist sich allerdings im Vergleich zu anderen deutschen Großstädten als moderat. Unter anderem Berlin, Köln, Frankfurt am Main, Stuttgart und München weisen einen höheren ausländischen Bevölkerungsanteil auf (vgl. Statistisches Bundesamt 2011).

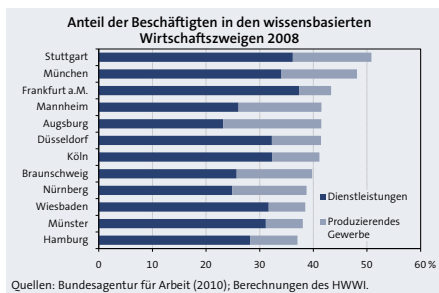
Auch zukünftig werden internationale Wanderungen und der Anstieg der kulturellen Vielfalt in urbanen Räumen die Stadtentwicklung prägende Trends sein – auch in Hamburg. Vor diesem Hintergrund haben das HWWI und das Hamburg Welcome Center gemeinsam am 21. Oktober 2011 im Rahmen der ersten *Hamburg Welcome Days* die internationale Konferenz „*Internationality of Metropolitan Life and Economics*“ in der Handelskammer Hamburg veranstaltet. Experten aus dem In- und Ausland stellten auf der Konferenz ihre Forschungsergebnisse und Praxiserfahrungen zu Zuwanderung und Internationalität von Städten vor. Zusammen mit den Vertretern regionaler Verwaltungen, norddeutscher Unternehmen, Wissenschaftseinrichtungen und einem interessierten Fachpublikum diskutierten sie über die Voraussetzungen und die zukünftigen

Herausforderungen einer international ausgerichteten Stadtpolitik.

Die Konferenz wurde von Birte Steller (Hamburg Welcome Center), Frank Horch (Senator für Wirtschaft, Verkehr und Innovation) sowie Jens Peter Breitengroß (Vizepräsident der Handelskammer Hamburg) eröffnet. Der erste Teil der Konferenz widmete sich der Internationalität der Wirtschaft. Silvia Stiller (HWWI) machte das Konferenzpublikum auf vier Trends aufmerksam, die die zukünftige Entwicklung Hamburgs bestimmen werden: Internationalität, Verstädterung, wissensbasierter Struktur- sowie demografischer Wandel. Denn die Globalisierung führte in den letzten Dekaden nicht nur zu einer enormen Zunahme des internationalen Handels und von Dienstleistungen, sondern wurde begleitet von stetig wachsenden Migrationsströmen. Dabei sind insbesondere Städte das Ziel von Zuwanderern.

Die Zahl der Menschen, die in den Städten wohnen werden, wird sich nach Berechnungen der Vereinten Nationen in den kommenden 40 Jahren auf etwa 6 Milliarden Menschen im Vergleich zu heute verdoppeln. Einen weiteren entscheidenden Aspekt der Stadtentwicklung wird der Wandel zu einer wissensbasierten Gesellschaft darstellen. Dieser Wandel findet, bemerkte Silvia Stiller, vor allem in städtischen Regionen statt. Es sind Großstädte wie Stutt-

gart, München und Frankfurt am Main (siehe Grafik), wo der Beschäftigungsanteil in den sogenannten wissensintensiven Wirtschaftszweigen – wie dem Fahrzeugbau, der Chemischen Industrie und in Architektur- und Ingenieurbüros – am höchsten ist. Mit 37,3 % ist Hamburg im Städtevergleich bezüglich des Beschäftigungsanteils wissensintensiver Wirtschaftszweige auch relativ gut aufgestellt. Gemessen an den Top-Städten weist die Hansestadt jedoch einen dringlichen Nachholbedarf für die Zukunft auf.



Im Fokus der Präsentation von Annekatrin Niebuhr, Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) Nord und Christian-Albrechts-Universität zu Kiel, standen die demografischen Aussichten für Norddeutschland und insbesondere die Metropolregion Hamburg. Nach Prognosen des Statistischen Bundesamtes wird die Zahl der erwerbsfähigen Bevölkerung (15-65 Jahre) in Hamburg schon von 2010 (1,22 Millionen) bis 2020 (1,18 Millionen) merklich sinken. Dies wird die wissensbasierte Wirtschaft vor große Herausforderungen stellen und die Steigerung ihrer Attraktivität für (hoch) qualifizierte Menschen aus der ganzen Welt wird angesichts der demografischen Trends für die Hamburger Unternehmen unvermeidbar sein.

Die IAB-Daten für 2010 zeigen, dass von 20 000 der in der Hamburger Wirtschaft beschäftigten qualifizierten Arbeitskräfte mit ausländischem Pass 6 000 über einen Universitäts- bzw. Hochschulabschluss verfügen. Branchen wie Luftfahrt und Was-

EMPFEHLENSWERTE LITERATUR

Im Online-Dossier „Städte“ finden Sie unsere Publikationen zum Thema: <http://www.hwwi.org/publikationen/dossiers/dossiers/staedte.html>.

serwirtschaft (25,8 %), Chemie und Physik (12,0 %) sowie Schulwesen (9,4 %) weisen dabei den höchsten Anteil an hoch qualifizierten ausländischen Beschäftigten auf.

Im zweiten Teil der Veranstaltung hatten die Referenten und Teilnehmer die Möglichkeit, in drei Workshops die Konferenzthemen zu vertiefen. Der erste Workshop beschäftigte sich mit der Frage „**Unternehmen: Wettbewerb um Talente?**“ und wurde durch Beiträge von Stefan Matz (Hamburgische Gesellschaft für Wirtschaftsförderung), Luis Contreras Muslera (Capgemini), Corinna Nienstedt (Handelskammer Hamburg), Silvia Stiller (HWWI) und André Unland (Kühne + Nagel) begleitet. In der Diskussion wurde deutlich, dass der Wettbewerbsfaktor „Internationalität“ für Unternehmen aufgrund der globalisierten Märkte und der migrationsbedingten Diversität der Belegschaften an Bedeutung gewinnt. Gleichwohl sahen zahlreiche Diskutanten für die Hamburger Wirtschaft noch erhebliche Potenziale, die Internationalität als Erfolgsfaktor weiter zu stärken. Um (hoch) qualifizierte ausländische Mitarbeiter für sich zu gewinnen, sollten sich Unternehmen umso mehr den neuen Anforderungen stellen und in neue Felder investieren, wie etwa der Schaffung von (internationalen) Kindergärten und Schulen.

Im Fokus des zweiten Workshops standen politische Handlungsoptionen und die Frage „**Wie öffnet man Städte?**“. Rosa Alegre (City Council, Madrid), Guido Jansen (British Council Berlin), Birte Steller (Hamburg Welcome Center) und Max F. Steinhart (HWWI) führten in die Diskussion ein. Zunächst wurde die Offenheit einer Stadt definiert. Die Referenten betonten, dass für die Offenheit einer Stadt sowohl institutionelle als auch gesellschaftliche Rahmenbedingungen von zentraler Bedeutung sind. Arbeitsmarktspezifische Fragen, wie die Anerkennung von ausländischen Bildungsabschlüssen, die Möglichkeit der vereinfachten Arbeitssuche für die Ehegattin / den Ehegatten (*dual career*) und die Entschlackung überfrachteter Erteilungsnormen, wie zum Beispiel § 19 AufenthG, die Nieder-

lassungserlaubnis für „besonders spezialisierte“ Hochqualifizierte „im besonderen Einzelfall“, waren ein Schwerpunktthema. Daneben wurden Faktoren wie die interkulturelle Ausrichtung von administrativen Dienstleistungen sowie Lebensqualität und interkulturelles Engagement in einer Stadt in den Blick genommen. Außerdem haben Vertreter der Städte den Wunsch geäußert, dass es zu einem engeren Austausch zwischen Bund und Kommunen bezüglich der Ausgestaltung und Umsetzung der Zuwanderungsgesetzgebung kommen sollte.

Weitere *soft factors* standen im Mittelpunkt des dritten Workshops mit der Überschrift „**Kreativität, Kultur und Lebensqualität: Wie können ‚weiche Faktoren‘ entwickelt werden?**“. An der Diskussion haben sich beteiligt: Sascha Haselmayer (Living Labs Global, Barcelona), Peter Paul (Maytree Foundation, Toronto), Alain Thierstein (Technische Universität München) und Jan Wedemeier (HWWI). Am Beispiel der Stadt Barcelona wurde veranschaulicht, dass Investitionen in Talent (hoch qualifizierte Personen) häufig aus der Perspektive der Stadtentwicklung als nicht notwendig angesehen werden. Hingegen wird eine Investition in *hard factors*, beispielsweise Infrastruktur, oft vorgezogen. In der Diskussion wurde festgehalten, dass die Wissensökonomie und die kreative Ökonomie zwei sich überschneidende Sektoren sind, die beide auf die Verfügbarkeit von Talent angewiesen sind, wobei die Integration von Menschen mit Migrationshintergrund gerade auch in diesen Branchen zu fördern ist. Bildungsangebote und Programme, wie das *Mentoring Partnership*-Programm in Toronto, können dabei als Instrument zum Markteintritt helfen.

Der vor 50 Jahren unterzeichnete deutsch-türkische Anwerbevertrag bildete den Anlass, zum Konferenzabschluss Hüseyin Yilmaz (Stellvertretende Vorsitzende der Türkischen Gemeinde in Deutschland) einzuladen. Seine Erfahrungen als Eingewanderter und Wahl-Hamburger verstärkten den Leitgedanken der Konferenz: Die Willkommenskultur einer Stadt wird den Wettbewerb um die Talente aus der Welt entscheiden.

Konsequenzen extremer Fluten

Im Rahmen des interdisziplinären Projektes KLIMZUG-Nord beschäftigt sich das HWWI aktuell mit der Abschätzung und Bewertung der möglichen Folgen einer Sturmflut für die Wirtschaft in der Metropolregion Hamburg. *Von Julia Kowalewski und Sven Schulze*

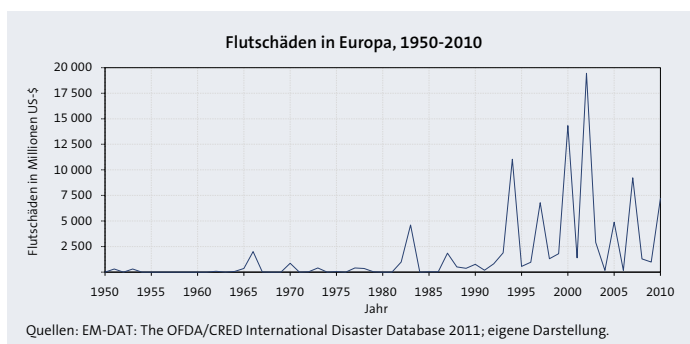
Ökonomische Schäden durch Fluten haben in der jüngeren Vergangenheit stark zugenommen (siehe Grafik). Der deutliche Anstieg der verursachten Schäden lässt sich vor allem auf die zunehmende Konzentration von Siedlungen und Vermögensgegenständen in flutgefährdeten Gebieten zurückführen. Dies ist ein Trend, der sich voraussichtlich weiter fortsetzen wird. Eine weitere Herausforderung für diese Gebiete könnte in Zukunft auch der Klimawandel sein. So zeigen beispielsweise Simulationen des Küstenklimas, dass Stürme über der Nordsee bis zum Ende des 21. Jahrhunderts stärker werden. Insbesondere gilt dies für Winde aus West und Nord. Zusammen mit einem möglichen Anstieg des Meeresspiegels würde sich das Sturmflutrisiko für die Küstenregionen damit deutlich erhöhen (vgl. www.regionaler-klimaatlas.de). Daher erscheint es sinnvoll, auch in vermeintlich gut geschützten Regionen ein Versagen der bestehenden Schutzanlagen in Betracht zu ziehen. Dadurch bietet sich die Möglichkeit, Frühwarnsysteme, Abläufe beim Wiederaufbau oder zusätzliche Anpassungsmaßnahmen zu evaluieren. Damit könnten denkbare langfristige Konsequenzen durch ein Flutereignis reduziert werden.

Auch Teile der Stadt Hamburg befinden sich durch ihre Lage an der Elbe und deren direkte Verbindung zur Nordsee in sturmflutgefährdeten Bereichen. Seit knapp 40 Jahren haben die bestehenden Hochwasserschutzanlagen gute Arbeit geleistet und es wurden keine größeren Schäden durch Sturmflutereignisse verzeichnet. Doch vor dem Hintergrund eines möglichen Klimawandels ist es sinnvoll, die bestehenden Standards zu überdenken. Dazu gehört auch die Abschätzung und Bewertung der möglichen Folgen einer Sturmflut für die regionale Wirtschaft. Mit dieser Aufgabe beschäftigt sich das HWWI im Rahmen des interdisziplinären Projektes KLIM-

ZUG-Nord. Mit Hilfe eines dynamischen Modells werden dabei die regionalökonomischen Auswirkungen eines Schadensereignisses abgeschätzt.

Das Modellgebiet für das Überflutungsereignis ist der Stadtteil Wilhelmsburg, der eine von den Elbeseitenarmen umgebene Insel darstellt. Mit Hilfe eines Simulationsmodells und relativer Schadenfunktionen für die einzelnen Wirtschaftszweige schätzen Mitarbeiter der Technischen Universität Hamburg-Harburg die direkten Schäden an Gebäuden, Inventar und Produktivkapital für jedes einzelne Wohn- und Betriebsgebäude. Aggregiert zu Wirtschaftszweigen gehen diese Schadensdaten in das regionalökonomische Modell des HWWI ein, um indirekte ökonomische Verluste zu simulieren, die Tage, Wochen oder Monate nach dem Ereignis eintreten. Dabei kommt es zu gegenläufigen Effekten. Auf der einen Seite führt die Beschädigung von Produktivkapital zu Produktionseinschränkungen. Dies hat zum einen Bruttowertschöpfungsverluste in den betroffenen Betrieben zur Folge. Zum anderen kann es zu Lieferengpässen kommen, wodurch auch Betriebe, die nicht direkt von dem Flutereignis betroffen sind, ihre Produktion zurückfahren müssen. Dieser Effekt kann sich entlang der gesamten Vorleistungskette fortsetzen. Auf der anderen Seite sehen sich die Betriebe einer gestiegenen Nachfrage nach Wiederaufbau- und Reparaturmaßnahmen gegenüber, wovon Betriebe einiger Wirtschaftszweige profitieren, wie beispielsweise der Bausektor und diesem vorgelagerte Branchen.

Wie erste Simulationsergebnisse sowie Beobachtungen aus anderen Schadens-



ereignissen zeigen, hängt es von der Widerstandsfähigkeit des ökonomischen Systems gegenüber externen Störungen (Resilienz) sowie der Höhe der direkten Schäden ab, ob der gesamtwirtschaftliche Effekt negativ oder positiv ausfällt. Letzteres ergibt sich zum einen daraus, dass aufgrund der Höhe des beschädigten Produktivkapitals die Kapazität für den Wiederaufbau nach einem schweren Schadensereignis geringer ausfällt. Zudem kommt es nach einem schweren Ereignis eher zu Lieferengpässen entlang der Vorleistungskette. Zum anderen ist die Nachfrage nach Reparatur- und Wiederaufbaumaßnahmen höher.

Eine derartige Analyse kann Aufschluss darüber geben, welche Anpassungsmaßnahmen künftig zur Anpassung an den Klimawandel im Allgemeinen und im Hochwasserschutz im Speziellen ergriffen werden sollten. Unter ökonomischen Gesichtspunkten sind dann nur solche Aktionen gerechtfertigt, die Kosten-Nutzen-Überlegungen unter heutigen und zukünftigen Bedingungen standhalten.

EMPFEHLENSWERTE LITERATUR

Publikationen des HWWI aus dem Projekt „KLIMZUG-NORD“ finden Sie in einem Online-Dossier unter: <http://www.hwwi.org/publikationen/dossiers/dossiers/klimzug-nord.html>.

Gedämpfte Rohstoffpreise

Die Rohstoffpreise gingen im Herbst 2011 überwiegend zurück. Nach starker und lang andauernder Erholung hatten sie im April noch ihren zwischenzeitlichen Höchststand seit den rezessionsbedingten Tiefständen Anfang 2009 erreicht. Die letzten Preisrückgänge zu Beginn des Oktobers sind auf die sich weltweit eintrübenden Konjunkturaussichten zurückzuführen. *Von Leon Leschus*

Es ist davon auszugehen, dass aufgrund der Abkühlung der Weltkonjunktur die Nachfrage nach Rohstoffen gedämpft wird und damit die Rohstoffpreise tendenziell bis in das nächste Jahr hinein sinken werden. Im Verlauf des Jahres 2012 ist aber zu erwarten, dass die weltweite Konjunktur wieder anziehen wird. Dies erhöht wiederum die Rohstoffnachfrage, was sich auf den Rohstoffmärkten preissteigernd auswirken dürfte. Die Preise für Metalle und Öl werden insbesondere durch die starke Nachfrage in den Schwellenländern getragen; besonders China wird für seine kräftig wachsende Wirtschaft weiter viele Rohstoffe benötigen.

Der Ölpreis (Brent) notierte Anfang 2011 bei 95 US-Dollar pro Barrel, um dann im Zuge der Unruhen in Nordafrika und im Mittleren Osten stark anzusteigen. Ende April notierten die Ölpreise bei über 126 US-Dollar pro Barrel, als sich die Krise in Libyen zu einem Bürgerkrieg ausweitete. Im Land kam die Ölförderung in Höhe von 1,6 Millionen Barrel pro Tag vollständig zum Erliegen. Zudem befürchteten die Marktteilnehmer, dass sich die Unruhen in Nordafrika und im Mittleren Osten ausbreiten und sogar große Ölförderländer wie Saudi Arabien erfassen könnten. Als sich ein Ende der Krise in Libyen abzeichnete, sank der Ölpreis der Sorte Brent Anfang Oktober auf unter 100 US-Dollar pro Barrel. Dennoch besteht weiterhin eine große Unsicherheit darüber, wie schnell Libyen wieder das vor Ausbruch der Unruhen bestehende Ölförderniveau erreichen kann. Die Internationale Energieagentur geht davon aus, dass dies noch bis zum Jahr 2015 dauern könnte. Seit Anfang Oktober hat sich der Ölpreis insgesamt wieder nach oben bewegt, wobei starke

Schwankungen zu beobachten waren. Die Sorge um eine schwächere Weltkonjunktur führte zu nachlassenden Preisen, während dagegen Unsicherheiten bezüglich der Ölversorgung zu Preissteigerungen führten. So wurde befürchtet, die Ölförderung im Golf von Mexiko könne aufgrund des Tropensturms „Rina“ zum Erliegen kommen.

Die Preise für Eisenerz und Koks kohle profitierten in der ersten Jahreshälfte von dem starken Anstieg der globalen Stahlproduktion. Auf die erhöhte Nachfrage konnte die Produktion erst mit einer gewissen Zeitverzögerung reagieren, was sich preissteigernd auswirkte. Die Koks kohlepreise hatten sich Anfang des Jahres 2011 auch wegen der Überschwemmungen in Australien und der daraus resultierenden Exportrückgänge erhöht. Gegen Ende Oktober begann ein besonders starker Preisverfall bei Eisenerz. Es verbilligte sich, bewertet in US-Dollar, vom ersten bis zum letzten Handelstag im Oktober um 31,8 %. Gründe hierfür lagen in der verringerten Eisenerznachfrage chinesischer Stahlhütten, die auf eine geringere Kreditvergabe und eine abkühlende Bauwirtschaft zurückzuführen ist. Insgesamt dürften die Preiskorrekturen bei Koks kohle und Eisenerz aber bis in das Jahr 2012 hinein geringer ausfallen als bei anderen Rohstoffen, da bei beiden Märkten die Versorgungslage vergleichsweise eng ist.

Die Preise für Basismetalle stiegen seit dem ersten Quartal 2011 kräftig an, sanken aber, als sich die Aussichten für die Weltkonjunktur eintrübten. Besonders in den Industrieländern wurde ein starker Rückgang der Metallnachfrage befürchtet. Die Preise entwickelten sich sehr vo-

latil, da diese stark von Nachrichten zur Entwicklung der chinesischen Nachfrage beeinflusst werden; China fragt ca. 40 % der weltweiten Kupfermenge nach. Für das vierte Quartal 2011 ist mit einem Rückgang des Index für Industrierohstoffe und nachlassenden Metallpreisen zu rechnen.

Auch die Preise für Nahrungsmittelrohstoffe haben sich in diesem Jahr sehr volatil entwickelt. Im Oktober-Durchschnitt hat sich Weizen im Vergleich zum April in US-Dollar um 22 % und Mais um knapp 16 % verbilligt. Zwar liegt der Index für Getreide noch um 17,5 % höher als im Oktober vor einem Jahr, seit April aber hat er sich um 13,8 % verringert. Grund hierfür waren Nachrichten, dass sich das Angebot von den Tiefstständen aus dem Vorjahr erholen dürfte. Jedoch werden die vergleichsweise hohen Preise von Mais und Weizen weiterhin von niedrigen Lagerbeständen gestützt werden. Der Reispreis stieg im Oktober an. Diese Preiserhöhungen wurden durch die starken Überflutungen in Thailand ausgelöst. Starke Ernteauffälle sind beim weltweit größten Reisexporteur zu befürchten. Darüber hinaus könnte das Wetterphänomen „La Nina“, das in Südamerika für trockenes Wetter sorgt, zu zusätzlichen Ernteauffällen und damit zu Preiserhöhungen beim Getreide im nächsten Jahr führen.

INDEX

Das HWWI stellt mit dem Index der Weltmarktpreise für Rohstoffe eine umfassende Messgröße für die aktuelle Preisentwicklung an den Rohstoffmärkten bereit. Laufend aktualisierte Rohstoffdaten finden Sie auf der Index-Website unter: www.hwwi-rohindex.de.